

Der Streit in der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. David schreibt in der „Mainzer Volkszeitung“ unter der Überschrift „Der Weg zum Frieden“:

Solange nicht auch die feindlichen Mächte zu der Ueberzeugung von der Unüberwindlichkeit unserer Wehmacht und der Unerreichbarkeit ihrer Zerschmetterungs- und Eroberungspläne gekommen sind, ist das Ziel der Sicherung nicht erreicht. Solange die Gegner auf ihren Sieg hoffen, werden sie ein Friedensangebot unsererseits zurückweisen oder, selbst wenn sie sich auf Verhandlungen einließen, doch keinesfalls zu Friedensbedingungen geneigt sein, die wir mit Ehren und mit gutem Gewissen unserem Lande gegenüber annehmen könnten.

Dr. David meint, Deutschland brauche, gerade weil es sich selbst als der Stärkere fühlt, aus seiner Bereitschaft kein Hehl zu machen, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Feinde solche wünschen. In diesem und keinem anderen Sinne sei auch die Kundgebung des Parteivorstandes gemeint gewesen. Es sei ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei Deutschland nicht die Rolle des besiegten und friedensuchenden Landes zumutet. Es gelte dafür zu sorgen, daß die Gegner zum Frieden geneigt werden. Mit bloßen Erklärungen der Friedensbereitschaft deutscherseits sei das nicht möglich. Die Krieger draußen, die Uebermenschliches an Ausdauer und Tapferkeit leisten, fördern damit den Frieden. Sie in ihrem Kampfesmut, in ihrer Kraft des Ausharrens stärken, heiße den Tag des ersehnten Friedens beschleunigen. Zum anderen gelte es, die Widerstandskraft der Bevölkerung in der Heimat aufrechtzuerhalten und alles zu tun, was den festen Zusammenhalt des deutschen Volkes fördert. Das Manifest von Haase, Bernstein und Kautsky trage nicht zur Förderung des Friedens bei, es bewirke das Gegenteil:

„es verlängert den Krieg. Je mehr wir unseren Feinden zeigen, daß alle ihre Hoffnung auf die innere Uneinigkeit eitel ist, um so mehr werden wir sie zum Frieden geneigt machen.“

Noch entschiedener geht Dr. Paul Leusch in der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volksstimme“ gegen die „Lafaien der Internationale“ unter den deutschen Sozialdemokraten vor:

In dem berufenen Schriftstück der drei Genossen Bernstein, Haase und Kautsky muß als Beschönigung ihres Auftretens unter anderem auch die Petition dienen, die die kapitalistischen Organisationen der Industrie und Landwirtschaft an den Reichstanzler zwecks ausgebehnter Annexionen gerichtet haben. Ueber diese Petition selber ist kein Wort weiter zu verlieren. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich seit Anbeginn als Gegnerin der Annexionspolitik bekannt, und gerade darin beruht vielleicht ihr schärfstes Unterscheidungsmerkmal zu den ausländischen „Bruderparteien“. Wenn die Petition an den Reichstanzler nicht gerade von deutschen Großindustriellen und preussischen Großgrundbesitzern in die Welt gesandt wäre, man hätte in der Tat, dem Geiste nach zu urteilen, der in dieser Petition steckt, glauben können, sie sei eine Petition französischer Sozialdemokraten an die französische Regierung. Schrieb doch erst das Mitglied des französischen Parteivorstandes Hervé am 8. April in seinem Leitblatt als Antwort an Liebknecht: „Wir müssen Ihrer Regierung unbedingt eine solche Strafe erteilen, daß sie für 100 Jahre jede Regierung — und jedes Volk — so mächtig es sich auch glaubt, von der Versuchung, den Krieg auf die Menschheit zu entfesseln, hellt. Sie sagen, daß Sie für einen Frieden ohne Annexion sind? Was verstehen Sie denn darunter? ... Wenn Sie glauben, daß wir Ihrem Volke weiter gestatten werden, die deutsche Kultur den Dänen in Schleswig, den Polen in Posen und Schestien und den Elsaß-Lothringern aufzuzwingen, so bedeutet das, daß Sie uns nicht kennen.“ Was haben die drei Genossen, was hat insbesondere Genosse Haase als Vorsitzender der Partei, was hat der „Vorwärts“ als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie zur Kennzeichnung dieser französischen Zerschmetterungspläne getan? Gar nichts!

Totgeschwiegen hat man sie, und wo man das nicht mehr konnte, hat man sie beschönigt und entschuldigt. Die Pläne deutscher Kapitalisten, Frankreich zu zerschneiden, sind ruchlos und aufs äußerste zu bekämpfen. Die Pläne französischer Sozialisten aber, Deutschland zu zerschneiden, sind harmlos, entschuldbar und nicht der Rede wert. Es scheint in der Tat so, daß die deutsche Bedientenhaftigkeit, die man früher dem deutschen Bürgertum nachsagte, heute ihre Pflanzstätten bei gewissen deutschen Sozialdemokraten hat, die nicht ruhen, als bis sie die Fußtrittke, die ihnen von den ausländischen „Bruderparteien“ in überreicher Fülle appliziert werden, mit einer Dankesträhne im Auge hinnehmen.